

AfD-Fraktion im Kreistag Lahn-Dill
Lothar Mulch
Obertorstr. 26
35578 Wetzlar



AfD-Kreistagsfraktion Lahn-Dill-Kreis

Lothar Mulch-Obertorstr. 26- 35578 Wetzlar
Vorsitzender des Kreistages Lahn-Dill-Kreis
Herr Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

09.03.2023

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion **Resolution Staatsangehörigkeitsrecht.**

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Resolutionsantrag der AfD-Fraktion als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 27.03.2023 zu setzen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises spricht sich gegen die von der Bundesregierung geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes aus und fordert den Kreisausschuss auf, sich bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass diese Reform nicht umgesetzt wird.

Begründung:

Die Ampelparteien und das Bundesministerium des Inneren planen, des Staatsangehörigkeitsgesetz zu ändern. Die geplante Neufassung sieht zukünftig erhebliche Erleichterungen und Fristverkürzungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vor. Die Änderungen hätten eine „Verramschung“ der Deutschen Staatsbürgerschaft zur Folge. Sie fördern nicht die Integration, sondern bewirken geradezu das Gegenteil. Gleichzeitig bestehen gegen dieses Gesetzesvorhaben erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Lage im Bezug auf die Aufnahmemöglichkeiten von Kreisen und Kommunen, ist die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes geradezu als Brandbeschleuniger zu sehen. Mittel- und langfristig führt dies aufgrund der Verstärkung der schon bestehenden Pullfaktoren zu einem starken Anwachsen illegaler Migration, vorwiegend in unsere Sozialsysteme.

Die Integrations- und Aufnahmefähigkeit der Aufnahmegesellschaft wird schon jetzt deutlich überschritten. Eine weitere Steigerung führt zwangsläufig zu sozialen Verwerfungen und erodiert weiter die innere Sicherheit. Gleichzeitig werden die Integrationsanforderungen an die Migranten gesenkt - daß absolut falsche Signal, gerade vor dem Hintergrund der zurückliegenden Migrantenkrawalle. Dem Steuerzahler kann nicht zugemutet werden, für weitere Millionen Zuwanderer in die Sozialsysteme die Vollversorgung zu übernehmen. Sowohl dieser Umstand, als auch die Verwässerung seines Einflusses als Souverän, dürften einen unzulässigen Eingriff in seine verfassungsmäßigen Rechte darstellen.

Wir bitten um Zustimmung.

Lothar Mulch (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag Lahn-Dill)